



ایران رپورت

Iran-Report

09/21

September 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	12
Wirtschaft	13
Aussenpolitik	16

Iran befand sich bereits vor der Corona-Pandemie im Krisenmodus. Die umfassenden Sanktionen, die die USA nach ihrem Austritt aus dem Atomabkommen 2018 gegen die Islamische Republik verhängten, hatten eine schwere Rezession zur Folge und empfindliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Iraner/innen. Die neue US-Regierung hat die Sanktionen in ihren ersten Wochen im Amt nicht gelockert. Derweil ist unklar, ob und wann das Atomabkommen wiederbelebt werden kann. In Reaktion auf interne und externe Bedrohungsszenarien monopolisiert die Führung die Macht immer weiter zu Gunsten der Konservativen und Ultras. Insbesondere die Revolutionsgarden sicherten politisch und wirtschaftlich ihre Interessen und gewannen an Schlagkraft.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Julia Bartmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
20. Jahrgang

INNENPOLITIK

Amtsübergabe an Raisi / Vereidigung Raisis im Parlament / Chamenei verabschiedet die Regierung Rohani / Rohani: „Ich habe einen Krieg verhindert“ / Ahmadinedschad fordert Anklage gegen Rohani / Mochtar zum ersten Vizepräsidenten ernannt / Raisi stellt sein Kabinett vor / Kritik an Raisis Kabinett / Innenansicht des Gefängnisses in Evin / Zehn Jahre Haft für eine Deutsch-Iranerin / Corona-Epidemie wütet weiter

AMTSÜBERGABE AN RAISI

Die Amtsübergabe an den neuen Präsidenten, Ebrahim Raisi, erfolgte dem Brauch gemäß durch Revolutionsführer Ali Chamenei. Sie fand am 3. August statt. Zwei Tage später legte Raisi im Parlament den Amtseid ab. Gewöhnlich nehmen an der Amtsübergabe neben erstrangigen Geistlichen und Politikern auch ehemalige Präsidenten teil, sofern sie am Leben sind. Doch dieses Mal fehlten die Ex-Präsidenten Mohammad Chatami und Mahmud Ahmadinedschad.

Chamenei bezeichnete Raisi als „weisen, erfahrenen, unermüdlichen Kämpfer im Dienste des Volkes“. Er beglückwünschte ihn zu seinem Sieg bei der „legendären Wahl“ und lobte die „große Wahlbeteiligung“. (Die Wahlbeteiligung war mit 48,8 Prozent die niedrigste in der Geschichte der Islamischen Republik. Zudem waren 3,7 Millionen der abgegebenen Stimmen ungültig.)

Raisi äußerte nach dem Erhalt der Urkunde sein Bedauern darüber, dass er wegen der Corona-Epidemie nicht die Hand des Revolutionsführers küssen dürfe! Er kritisierte die Regierung von Hassan Rohani, deren Wirtschaftspolitik die Inflationsrate in die Höhe getrieben (44 Prozent) habe, weswegen die Bevölkerung das Vertrauen in den Staat verloren habe. Er kündigte „einen Plan“ an, den er zu einer kurzfristigen Lösung der Probleme vorbereitet habe. Einzelheiten darüber teilte er nicht mit. Die Staatsschulden hätten sich verdreifacht, der Staatshaushalt sei mit einem Defizit von 450 Milliarden Rial konfrontiert, sagte er.

Zu den Atomverhandlungen sagte der neue Präsident: „Wir werden die Aufhebung von Sanktionen anstreben, aber wir werden das Wohl unseres Volkes nicht von fremden Mächten abhängig machen.“

Nach der kurzen Rede von Raisi kritisierte Revolutionsführer Chamenei „das Gerede vom Wahlboykott“ und lobte die Beteiligung der Bürger an den Wahlen. Die wirtschaftlichen Probleme seien nur langfristig zu lösen, „eine Lösung über Nacht“ sei nicht möglich, sagte er weiter. Die Verschwörung, die Wahlen zu boykottieren, sei im Ausland geplant worden. Auch im Inland hätten einige aus Dummheit oder Missgunst sich diesem Plan angeschlossen. Die Feindschaft der Großmächte richte sich gegen Iran. Demgegenüber seien die Propagandaaktivitäten des Landes zu schwach, sagte der Revolutionsführer. Diesem Bereich müsse mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es gebe auch Leute, die inländische Medien in den Dienst der Feinde stellten, was unterbunden werden müsse. Gemeint ist wohl die Verschärfung der Zensur. Chamenei forderte Raisi auf, angesichts „der Lage des Landes“ so rasch wie möglich sein Kabinett zu bilden.

Die Zeremonie fand am Sitz des Revolutionsführers statt. Sämtliche Straßen und Wege, die dahin führten, wurden von 9 bis 13 Uhr gesperrt. Auch für andere Bezirke der Stadt waren Sicherheitsmaßnahmen angeordnet worden. Für dieselbe Zeit wurden Flüge über Teheran untersagt.

In den sozialen Netzwerken wurde die Amtsübergabe unterschiedlich kommentiert. Die Anhänger Raisis sprachen von dem Anbruch einer neuen Zeit. Sie feierten den Abgang von Präsident Rohani. Die Gegner kritisierten vor allem den Wunsch Raisis, die Hand

Chameneis zu küssen. „Wir haben doch die Revolution gemacht, damit die Handküsserei aufhört“, hieß es. Einige schrieben: „Chamenei und Raisi tun so, als sei Raisi nicht vom Wächterrat, sondern vom Volk gewählt worden.“

Die Organisation Reporter ohne Grenzen bedauerte die „Ernennung“ Raisis durch Chamenei und schrieb: „Ab heute ist Ebrahim Raisi, Mitglied des Komitees des Todes und Angeklagter wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, offiziell Präsident der Islamischen Republik.“ Einige User kritisierten, dass weder Raisi noch Chamenei sich in ihren Ansprachen zu der Corona-Epidemie, dem aktuell größten Problem des Landes, geäußert hatten.

VEREIDIGUNG RAISIS IM PARLAMENT

Am 5. August legte der 60-jährige Ebrahim Raisi als 8. Präsident der Islamischen Republik vor dem Parlament seinen Amtseid ab. An der Zeremonie nahmen neben prominenten Geistlichen, Politikern und Militärs auch ausländische Gäste teil, unter anderem die Staatspräsidenten Iraks und Afghanistans und der Präsident des türkischen Parlaments. Die EU war bei Raisis Vereidigung durch Enrique Mora, Stellvertreter des EU-Außenbeauftragten und Verhandlungskordinator bei den Atomverhandlungen, vertreten, was in Europa Proteste auslöste. Die Person Raisi sei angesichts seiner Rolle bei den Massenhinrichtungen nicht mit der Auffassung von Menschenrechten der EU vereinbar, meinten die Kritiker.

Raisi legte die rechte Hand auf den Koran und sagte: „Als Präsident der Islamischen Republik schwöre ich, dass ich den offiziellen (schiitischen) Glauben und die Verfassung der Islamischen Republik schützen und alle meine Fähigkeiten einsetzen werde, um die Verantwortung, die ich übernommen habe, zu tragen, dem Volk zu dienen, den Glauben und die Moral zu verbreiten, die Rechte zu schützen und Gerechtigkeit walten zu lassen. Ich werde jeder Willkür Absage erteilen, die Freiheit und Würde der Menschen hochachten und deren in der Verfassung verankerte Rechte verteidigen. Ich werde keinen Versuch unterlassen, um die Grenzen und die wirtschaftliche, politische und kulturelle Souveränität des Landes zu verteidigen. Ich werde mit Gottes Hilfe den von unserem Propheten und seinen Nachfolgern vorgeschriebenen Weg beschreiten und die Macht, die mir das Volk zur Aufbewahrung übergeben hat, redlich und opferbereit verwalten, um sie ohne Missbrauch meinem Nachfolger übergeben zu können. Ich bin gekommen, um Hoffnung zu spenden.“

Raisi bezeichnete die Präsidentschaftswahlen in Iran als „benedenswerten Ausdruck der islamischen Demokratie“. Seine Regierung sei eine Regierung der „Verständigung“ und des Konsenses. „Wir sind Verteidiger der Menschenrechte. Wir werden Unrecht, Unterdrückung und Verbrechen und Verstöße gegen Rechte der Menschen, die sich nicht wehren können, ob im Herzen Europas, in Amerika, in Afrika oder in Jemen, Syrien und Palästina niemals akzeptieren“, betonte der neue Präsident, dem selbst Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden. Mit Blick auf die wirtschaftliche Krise, in der sich das Land befindet, sagte Raisi, unter seiner Regierung werde es vollständige Transparenz geben, sie werde „die Wurzeln der Korruption und Rentenökonomie verbrennen“, der Inflation Zügel anlegen, die eigene Währung stärken, die Wirtschaft stabilisieren, die einheimische Industrie unterstützen, die Technologie weiterentwickeln, die Nutzung der Quellen für Bodenschätze, Wasser, Öl und Gas besser verwalten und die Umwelt schützen.

„Ich reiche allen Staaten der Region, insbesondere unseren Nachbarstaaten, die Freundschaftshand“, sagte Raisi weiter und betonte, das iranische Atomprogramm diene ausschließlich friedlichen Zielen und er fordere die Aufhebung der Sanktionen. Der neue Präsident sagte, mit seiner Amtsübernahme werde eine „zweite Phase der Revolution“ beginnen. Er werde das Erbe der Revolution hüten und sie weiterentwickeln.

Er werde „die Werte, die Revolutionsführer Chamenei im Sinn hat“, anstreben. Mehrmals betonte Raisi seine Nähe zum Revolutionsführer und unterstrich die Einheit und Geschlossenheit der herrschenden Macht, die mit seiner Wahl nun gewährleistet sei. Tatsächlich scheinen nun alle Widersacher und Konkurrenten ausgeschlossen zu sein. Alle mächtigen Finanz- und Wirtschaftszentren, politischen, religiösen und militärischen Instanzen bilden eine Einheit. Alle Rivalitäten und Machtkämpfe zwischen Parlament, Regierung und Justiz, zwischen Revolutionsgarden, den regulären Streitkräften und Geheim- und Sicherheitsdiensten scheinen beseitigt zu sein. Mit dieser Ballung der Macht hofft nun die Staatsführung, die gravierenden Probleme des Landes lösen und die landesweiten Proteste beenden zu können. Den Herrschenden schwebt das in China erfolgreich erprobte Modell vor. Ob der Plan gelingt, scheint höchst zweifelhaft. Eine ruinierte Wirtschaft, die unbezwingbare Pandemie, die internationale Isolation und eine in ihrer überwiegenden Mehrheit unzufriedene Bevölkerung werden mit der radikalislamischen Ideologie und der Willkür der Macht kaum zu bewältigen sein.

CHAMENEI VERABSCHIEDET DIE REGIERUNG ROHANI

Revolutionsführer Ali Chamenei verabschiedete am 28. Juli die Regierung von Hassan Rohani, der am 3. August sein Amt an den neuen Präsidenten Ebrahim Raisi übergab. Bei der Verabschiedung warf Chamenei dem scheidenden Präsidenten vor, westlichen Staaten vertraut zu haben. Er habe wiederholt Rohani und die Mitglieder seines Kabinetts gewarnt. „Diese Regierung (von Rohani) hat abermals den Beweis erbracht, dass man bei westlichen Staaten mit Vertrauen nichts erreicht“, sagte Chamenei. Er hatte nach dem Austritt der USA aus dem Atomabkommen die Regierung kritisiert und für die kritische Lage verantwortlich gemacht. Dabei hatte er selbst betont, dass die Außenpolitik des Landes von ihm selbst bestimmt wird und er in diesem Bereich das letzte Wort habe. Auch Rohani und sein Außenminister Mohammad Dschawad Sarif sowie die iranischen Verhandlungsführer bei den Atomverhandlungen betonten stets, dass sie keinen Schritt und keine Entscheidung ohne Zustimmung des Revolutionsführers unternehmen. Nun wäscht Chamenei seine Hände wie so oft in Unschuld und verschiebt die Schuld für Entscheidungen, die er selbst getroffen hat, auf andere.

ROHANI: „ICH HABE EINEN KRIEG VERHINDERT“

Hassan Rohani erklärte in seinem letzten Fernsehauftritt als Präsident am 2. August, er habe mit Hilfe der Diplomatie einen Krieg verhindert. Einzelheiten dazu sagte er nicht. Zu den Atomverhandlungen sagte er, zwar habe der Beschluss des Parlaments, in dem die Aufhebung sämtlicher Sanktionen gegen Iran gefordert wurde, einen erfolgreichen Abschluss der Atomverhandlungen verhindert, aber noch bestehe die Chance zu einem neuen Abkommen.

Der einzige Weg, die Aufhebung der Sanktionen durchzusetzen, sei die Bereitschaft Irans, auch über andere Themen, wie das iranische Raketenprogramm, zu verhandeln, sagte Rohani. Bisher weigert sich Teheran, den Forderungen der USA und der Europäer nachzukommen, nicht nur über das iranische Atomprogramm zu verhandeln, sondern auch über dessen Raketenprogramm und dessen Aktivitäten in der Region. Das werde nicht funktionieren, sagte der scheidende Präsident. Es war das erste Mal, dass Rohani dieses Tabu öffentlich machte.

Rohani bestätigte auch den Raub brisanter Dokumente durch israelische Geheimdienste, zu dem Iran bisher nicht offiziell Stellung genommen hatte. Er sagte, ein wichtiger Grund für den Austritt der Vereinigten Staaten aus dem Abkommen seien die Dokumente gewesen, die die Israelis – ob gelogen oder wahr – mitgenommen und veröffentlicht hätten. „Sie zeigten Trump diese Dokumente und forderten ihn auf, aus dem Abkommen auszutreten.“

Im Frühjahr 2018 hatte der ehemalige israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in einer Fernsehansprache erklärt, Israel sei im Besitz von geheimen Dokumenten, aus denen hervorgehe, dass Iran jahrelang die Weltgemeinschaft belogen habe. Das Fernsehen zeigte eine Menge Aktenordner und CDs, die laut Netanjahu 55.000 beschriebene Seiten und 183 CDs umfassten. Sie seien aus einem Geheimlager in der Nähe der Hauptstadt Teheran entwendet worden, sagte Netanjahu. Im Mai 2018 erklärte der damalige US-Präsident Donald Trump den Austritt der USA aus dem Atomabkommen.

AHMADINEDSCHAD FORDERT ANKLAGE GEGEN ROHANI

Der frühere Präsident Mahmud Ahmadinedschad veröffentlichte ein Schreiben an den früheren Präsidenten Hassan Rohani, in dem es heißt, Rohani, sein Innenminister Abdolresa Rahmani Fasli und sein Ölminister Bijan Sangeneh müssten vor Gericht gestellt werden, weil sie „das Blutvergießen unschuldiger Menschen vorbereitet und organisiert, dem Ansehen des Landes schwer geschadet und das Volk beleidigt und beschimpft haben“.

Offenbar hat Ahmadinedschad die drastische Erhöhung der Benzinpreise im Blick, die im November 2019 zu landesweiten Protesten führte, bei denen zahlreiche Menschen getötet und verletzt wurden. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International sprach von 302 Toten, nach Einschätzung der Agentur Reuters lag die Zahl der Toten bei 1500. Damals hatte Rohani erklärt, für die Regelung der Benzinpreise sei sein Innenminister Fasli zuständig gewesen. Er selbst habe erst nach der Preiserhöhung davon erfahren. Demgegenüber schrieb Ahmadinedschad, die Preiserhöhung sei vom Rat zur Koordination der drei Gewalten beschlossen worden, dessen Vorsitzender Rohani gewesen sei.

Der Rat, der in der Verfassung nicht vorgesehen ist, wurde vom Revolutionsführer Ali Chamenei ins Leben gerufen. Er besteht aus den Chefs des Parlaments, der Regierung und der Justiz. Er ist in dringenden oder brisanten Fällen dazu befugt, Entscheidungen zu treffen, die nicht der Zustimmung des Parlaments oder des Wächterrats bedürfen und sofort umgesetzt werden können.

„Sie hatten mehr Macht als jeder andere Präsident“, schrieb Ahmadinedschad, gerichtet an Rohani. „Sie waren nicht nur Chef der Regierung, sondern auch Vorsitzender des Koordinationsrats. Ihre Regierung durfte sogar mit dem Außenminister der USA Gespräche führen, was bis dahin streng verboten war.“ Die Regierung Rohani habe das Atomabkommen vereinbart, ein Abkommen, das nie veröffentlicht worden sei. Selbst Abgeordnete des Parlaments hätten es nicht zu lesen bekommen, was „katastrophal war“.

In seinem Brief warf Ahmadinedschad Rohani vor, das Volk belogen zu haben. Er habe zu Beginn seiner Regierung behauptet, die Staatskasse sei leer, obwohl sie damals mit der ungewöhnlich hohen Summe von dreitausend Milliarden Tuman bestückt gewesen sei und die Zentralbank über eine Reserve von 150 Milliarden Dollar verfügt habe. „Die einheimische Währung hat in Ihrer Regierungszeit um 800 Prozent an Wert verloren. Einen solchen Wertverlust hat es in der Geschichte der iranischen Wirtschaft noch nie gegeben. Die zerstörerischen Folgen Ihrer Wirtschaftspolitik sind für jedermann spürbar“, schrieb Ahmadinedschad, der 2013 die Regierung an Rohani übergeben hatte.

In seinem Brief an Rohani zeigte sich Ahmadinedschad auch besorgt über das vorläufige Abkommen zwischen Iran und China. „Heute ist unser Volk Zeuge eines Geheimabkommens mit der chinesischen Regierung, von dessen Inhalt die Menschen in unserem Land keine Kenntnis haben. Es gibt nicht einmal einen formalen Beschluss des Parlaments zu diesem Abkommen.“ (Dazu hatte Rohani einmal erklärt, die Chinesen hätten um die Geheimhaltung des Abkommens gebeten.)

MOCHTAR ZUM ERSTEN VIZEPRÄSIDENTEN ERNANNT

Am 8. August ernannte Präsident Ebrahim Raisi Mohammad Mochtar zum ersten Vizepräsidenten. Mochtar ist seit vier Jahren Leiter der mächtigen Stiftung Setad. Die Stiftung, die auch den Namen „Vollstreckung des Befehls von Imam Chomeini“ trägt, wurde in den achtziger Jahren von Chomeini zur Verwaltung des beschlagnahmten Eigentums gegründet. Inzwischen hat sich Setad zu einem gigantischen Unternehmen entwickelt, das in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft tätig ist. Laut der Agentur Reuters verfügt die Stiftung derzeit über ein Vermögen von 95 Milliarden Dollar.

2010 wurde Mochtar von der EU im Zusammenhang mit dem Atom- und Raketenprogramm Irans auf die Sanktionsliste gesetzt. Jedoch wurde er zwei Jahre später ohne Begründung wieder von der Liste genommen. Im Januar vergangenen Jahres setzten ihn die USA auf die Sanktionsliste.

Mochtar war bislang selten in den Medien präsent. Viel Aufmerksamkeit erweckte er kürzlich, als er die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Islamischen Republik lobte und sagte: „In Iran kann eine junge Frau mitten in der Nacht allein von der Stadt Tschalus (im Norden am Kaspischen Meer gelegen) nach Teheran fahren, ohne Furcht, belästigt zu werden. In den Ländern Europas dagegen wagen sich nicht einmal Männer nach 22 Uhr auf die Straße.“

Bei seiner Vorstellung sagte Mochtar, er habe drei wichtige Eigenschaften: „Ich bin islamisch, revolutionär und diszipliniert.“

Raisi ernannte am 25. August Mohssen Resai zum zweiten, für Wirtschaftsfragen zuständigen, Vizepräsidenten. Der 67-jährige Resai, General und Politiker, war sechzehn Jahre lang Oberbefehlshaber der Revolutionsgarde, bis er vor vierzehn Jahren vom Revolutionsführer Ali Chamenei zum Generalsekretär des Schlichtungsrats ernannt wurde. Resai gehörte bei den letzten Präsidentschaftswahlen zu den Mitbewerbern von Raisi. Er gehörte zu den Kritikern der Regierung von Hassan Rohani, der er Dilettantismus vor allem im Bereich der Wirtschaft vorwarf. „Ich hoffe, der Abgang der Regierung Rohani wird das Ende des Dilettantismus sein“, sagte er wiederholt. Im Wahlkampf kündigte er an, sollte er Präsident werden, würde er die Landeswährung stärken. Dazu sei er in der Lage, denn er habe Ökonomie studiert. Politisch äußerte er einmal die Ansicht, der Vielvölkerstaat Iran sollte föderal regiert werden.

Gegen die Ernennung Resais protestierte das argentinische Außenministerium. Resai wurde in Argentinien wegen Beteiligung an dem Anschlag gegen das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires 1994 angeklagt. Bei dem Anschlag waren 85 Personen ums Leben gekommen. Auch die Ernennung des neuen Innenministers Ahmad Wahidi löste bei der argentinischen Regierung Protest aus. (siehe Seite 7)

RAISI STELLT SEIN KABINETT VOR

Der neugewählte Präsident Ebrahim Raisi folgte dem dringenden Rat des Revolutionsführers Ali Chamenei, sein Kabinett so rasch wie möglich zu bilden. Am 11. August legte er dem Parlament die Liste von 19 Ministern zur Abstimmung vor. Dem neuen Kabinett gehört keine Frau an. Mit Ausnahme von General Ahmad Wahidi, der unter Präsident Mahmud Ahmadinedschad eine Zeit lang als Verteidigungsminister tätig war, verfügt keiner der neu Ernannten über Erfahrungen als Minister.

Hassan Amir Abdollahian, der das Außenministerium übernimmt, war unter Präsident Mahmud Ahmadinedschad Vizeaußenminister. Er war zuständig für arabische und afrikanische Staaten. Diesen Posten behielt er auch eine Zeit lang nach dem

Regierungswechsel unter Hassan Rohani. Zuletzt war er außenpolitischer Berater des ehemaligen Parlamentspräsidenten Ali Laridschani.

Der 57-jährige Abdollahian gehört zu den Ultras, die der Al-Kuds-Brigade, einer Abteilung der Revolutionsgarden für Auslandseinsätze, nahestehen. Bei seiner Vorstellung im Parlament sagte er, seine Politik beruhe auf einer Kombination von „Maidan (Schlachtfeld) und Diplomatie“. Bezüglich der Atomverhandlungen sagte er, er werde Verhandlungen nicht meiden, werde aber auch keine Verhandlungen dulden, bei denen andere bestimmen, worüber verhandelt werde. „Ich erkläre mit lauter Stimme, für uns sind Verhandlungen ein Instrument der Diplomatie (...), aber wir werden das Schicksal unseres Landes nicht mit den Atomverhandlungen verknüpfen. Wir werden uns bemühen, die Sanktionen aufzuheben, aber nur Verhandlungen zustimmen, die den Interessen unseres Landes dienen und nicht von anderen bestimmt werden“, sagte der neue Minister.

Abdollahian sagte weiter, er habe auch Pläne für eine „Wirtschaftsdiplomatie“, die allerdings ohne Aufhebung der Sanktionen nicht umsetzbar sei. „Im Westen Asiens werden wir unsere Errungenschaften weiter etablieren, im Osten Asiens uns um Kooperation mit der neuen Wirtschaftsmacht bemühen.“ Der Minister betonte, er werde sich um bessere Beziehungen zu den arabischen und islamischen Staaten bemühen. Eine enge Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien sei im Interesse beider Staaten. Der seit sieben Jahren andauernde Krieg in Jemen müsse beendet werden. Der beste Weg dazu seien ein sofortiger Waffenstillstand und Aufnahme von diplomatischen Verhandlungen.

Die Präsenz Irans im Nahen Osten diene der Stabilität und Sicherheit, sagte der Minister weiter. Zum iranischen Raketenprogramm äußerte er sich nicht. Er beendete seine Rede im Parlament mit dem Gedenken an General Ghassem Soleimani, den Kommandanten der Al-Kuds-Brigade, der im Januar vergangenen Jahres auf Befehl des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump ermordet wurde und sagte: „Die Ära von Maidan und Diplomatie hat begonnen. Maidan und Diplomatie sind zwei mächtige Arme, die unsere nationale Sicherheit garantieren.“

Die meisten von Raisi vorgestellten Minister werden zu der Fraktion der Ultrakonservativen gezählt. Für Proteste im Ausland sorgte die Ernennung des neuen Innenministers Ahmad Wahidi. Der ehemalige Verteidigungsminister steht seit 2010 auf der Schwarzen Liste der USA. Er steht im Verdacht, an dem Terroranschlag auf das jüdische Gemeindezentrum AMIA in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires 1994 beteiligt gewesen zu sein. Er wird deswegen von Interpol gesucht. Bei dem Anschlag waren 85 Menschen ums Leben gekommen. Die argentinische Regierung protestierte gegen die Ernennung Wahidis. Es sei eine „Beleidigung der Opfer und ein Affront gegen die argentinische Justiz“, hieß es in der Erklärung, die das Außenministerium in Buenos Aires am 12. August veröffentlichte. Darin wird Iran aufgefordert, mit der argentinischen Justiz zusammenzuarbeiten und zu gestatten, dass die Angeklagten vor Gericht gestellt werden. Nach Auffassung eines argentinischen Gerichts hat Wahidi bei dem Anschlag eine Schlüsselrolle gespielt. Iran bestreitet jede Beteiligung an dem Anschlag.

Sechs Personen werden im Zusammenhang mit dem Anschlag von Interpol gesucht, fünf von ihnen sind Iraner. Die sechste Person ist ein ehemaliger hochrangiger Befehlshaber der libanesischen Hisbollah, der bei einem Anschlag ums Leben kam. Am 26. August protestierte die argentinische Regierung erneut gegen die Ernennung Wahidis. „Die argentinische Regierung fordert die Regierung der Islamischen Republik Iran erneut auf, in vollem Umfang mit der argentinischen Justiz zusammenzuarbeiten und zuzulassen, dass die Personen, die der Beteiligung an dem AMIA-Bombenanschlag beschuldigt werden, von den zuständigen Gerichten verurteilt werden“, hieß es in dem Schreiben des Außenministeriums.

Bei der Debatte über den neuen Informationsminister Esmail Chatib gab es einige Abgeordnete, die gegen seine Ernennung stimmten. Der Abgeordnete Hossein Dschalali

sagte, Chatib sei während seiner zwölfjährigen Dienstzeit als Leiter des Geheimdienstes in der Pilgerstadt Ghom nicht in der Lage gewesen, die Einflussnahme der „Feinde und Konterrevolutionäre“ zu unterbinden. Auch bei den Unruhen im Zusammenhang mit der umstrittenen Wiederwahl des damaligen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad habe er „sehr schwach“ gehandelt. Auch der Abgeordnete Gholamhossein Reswani kritisierte Chatibs Verhalten bei dem großen Korruptionsskandal in der Justiz. Demgegenüber verteidigte Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf den neuernannten Minister und sagte, Revolutionsführer Ali Chamenei sei mit der Ernennung einverstanden gewesen. „Daher ist jede Kritik gegen Chatib überflüssig“, sagte er.

Der Geistliche Chatib hatte seine Berufslaufbahn vor dreißig Jahren beim Geheimdienst der Revolutionsgarden begonnen. Danach wurde er Chef des Geheimdienstes in Ghom. Vor zwei Jahren wurde er Leiter des Geheimdienstes, der für den Schutz religiöser Stiftungen in der Pilgerstadt Maschad verantwortlich ist.

Zum Verteidigungsminister wurde General Mohammad Resa Aschtiani, ehemaliger stellvertretender Stabschef der Streitkräfte, ernannt.

Diskussionen gab es im Parlament auch über Hodschatollah Abdolmaleki, der das Ministerium für Arbeit und Soziales übernehmen sollte. Einige Abgeordnete warfen ihm Mangel an Erfahrung vor. Der Abgeordnete Nasser Mussawi Largani sagte: „Er ist noch jung, ihm steht sicherlich eine erfolgreiche Karriere bevor, seine Ernennung zum Minister ist zu früh, damit tut man ihm keinen Gefallen.“ Andere meinten, er habe keine konkreten Pläne für den Bereich Arbeit und Soziales vorzuweisen. Man könne ihm ein Ministerium, dem 30 Prozent des Staatshaushalts zukomme, nicht überlassen. Abdolmaleki selbst sagte, er werde sich in erster Linie um die Arbeitslosigkeit kümmern.

Alle von Raisi im Parlament vorgestellten Minister wurden von der Mehrheit der Abgeordneten bestätigt, einzig der für das Ministerium für Lehre und Bildung vorgeschlagene Minister, Hossein Baghgoli, konnte nicht die Zustimmung der Abgeordneten bekommen. Raisi muss innerhalb eines Monats dem Parlament einen zweiten Vorschlag vorlegen. Baghgoli war bereits von dem Ausschuss für Lehre und Bildung abgelehnt worden.

KRITIK AN RAISIS KABINETT

Bei der Debatte über das Kabinett von Ebrahim Raisi übte der Abgeordnete Dschalal Mahmudsadeh scharfe Kritik gegen die Mannschaft, mit der der neue Präsident die gigantischen Probleme des Landes zu lösen versuchen möchte. „Obwohl bereits seit sechs Monaten feststand, dass Raisi Präsident wird, ist er offenbar nicht in der Lage gewesen, geeignete Leute zu finden“, sagte Mahmudsadeh. Unter den Ministern sei keine einzige Frau, kein Angehöriger der Sunniten, obwohl Millionen Menschen in Iran dieser Glaubensrichtung angehören. „War unter den Kurden, Belutschen, Arabern und anderen kein einziger zu finden, der für den Posten eines Ministers geeignet gewesen wäre?“ Gerichtet an Raisi sagte Mahmudsadeh: „Sie wissen doch, dass Frauen die Hälfte der Bevölkerung bilden. Gab es unter den Millionen Frauen keine einzige, die für ein Ministeramt geeignet gewesen wäre? Sie hatten vor Ihrer Wahl erklärt, Sie werden versuchen, die besten und fähigsten Personen in Ihr Team aufzunehmen. Haben Sie auch bei anderen Fraktionen geschaut, um geeignete Leute zu finden?“

Mahmudsadeh fuhr fort: „Hohe Arbeitslosigkeit, Defizit im Haushalt, 22 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, Dürre, ständiger Stromausfall und die miserable Lage der Wirtschaft sind Probleme, für deren Lösung fähige, erfahrene Personen benötigt werden, die miteinander kooperieren und sich gegenseitig unterstützen. Ihr Kabinett ist bedauerlicherweise weit davon entfernt. Manche Minister sind sich zum ersten Mal hier im Parlament begegnet.“

INNENANSICHT DES GEFÄNGNISSES IN EVIN

Eine Gruppe, die sich „Edalat-Ali“ (Alis Gerechtigkeit), nennt, hat die Überwachungskameras des berühmt-berüchtigten Eviner Gefängnisses nördlich der Hauptstadt Teheran gehackt. Entstanden sind erschütternde, entsetzliche Videoaufnahmen von brutalen Folterungen, die nun der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Ali, Schwiegersohn des Propheten Mohammed, gilt im schiitischen Glauben als Symbol der Gerechtigkeit. Zugleich heißt der Revolutionsführer mit Vornamen Ali. Was die Gruppe nun mit der Bezeichnung gemeint hat, bleibt offen. Auf den Monitoren in dem Gefängnis stand immer wieder der Satz „Protest bis zur Freiheit politischer Gefangener“. Ein Großteil der politischen Gefangenen ist in Evin untergebracht. „Diese Bilder sind erste Schandflecken auf dem schwarzen Turban und dem weißen Bart von Raisi“, stand auch auf den Monitoren des Gefängnisses – ein Hinweis auf Raisis Verbrechen in der Vergangenheit.

Zu sehen ist auf den Videos, wie mehrere Wärter einen Gefangenen zusammenschlagen, wie ein völlig abgemagerter Gefangener aus einem Wagen herausgezogen und über Treppen und Gänge des Gefängnisses geschleift wird. Man sieht zusammengepferrchte Gefangene in Einzelzellen, einen Wärter, der einem Gefangenen ins Gesicht boxt. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der Videos verordnete Justizchef Mohseni Ejechi eine „eingehende Untersuchung“ der Szenen, die auf den Videos zu sehen sind. Damit wird die Echtheit der Aufnahmen bestätigt. Es ist das erste Mal, dass das Regime Folterungen der Gefangenen zugibt.

Auch Gefängnisdirektor Mohammad Mehdi Hadschmohammadi übernahm für die Vorfälle die Verantwortung und versprach „die Wiederholung solch bitterer Vorfälle zu vermeiden und die Täter zu bestrafen.“: „Ich entschuldige mich bei Gott dem Allmächtigen, dem lieben Obersten Führer, unserer großartigen Nation und den edlen Gefängnisbeamten, deren Bemühungen nicht wegen der Verfehlungen anderer ignoriert werden“, twitterte er. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Teheraner Parlament meinte, die Videos stellten das Ansehen der Islamischen Republik in Frage. Die Fälle müssten genau untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, sagte er der Nachrichtenagentur Tasnim.

Die Zeitung Dschomhuri Eslami schrieb in einem Leitartikel, die Öffentlichkeit müsse darüber informiert werden, wie es in den Gefängnissen zugeht und wofür diese gewaltsame Behandlung der Gefangenen gut sein soll. An der Echtheit der Aufnahmen sei nicht zu zweifeln. Die Verantwortlichen müssten bestraft werden.

Die Zeitung Aftab schrieb: „Das ganze Land befindet sich in Schockstarre. Wenn es in einem Gefängnis der Hauptstadt so zugeht, wie sieht es in den Provinzgefängnissen aus?“ Einige Gefängnisinsassen veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt: „Die Aufnahmen sind so eindeutig, dass die Verantwortlichen sie trotz ihrer Propagandamittel nicht leugnen konnten. Doch sie begnügen sich mit einer Entschuldigung. Was auf den Videos an Brutalitäten und Grausamkeiten zu sehen ist, zeigt nur einen kleinen Teil der Folterungen, die in den iranischen Gefängnissen gang und gäbe sind. Hinzu kommen psychische Folterungen, die man auf Videos nicht aufnehmen kann: die Verhöre, der Aufenthalt in Einzelzellen, die Erniedrigungen und Beleidigungen und dergleichen mehr, die traumatischen Erlebnisse, unter denen man Jahre lang, vielleicht ein Leben lang, leidet.“ Die Unterzeichner fordern die Zulassung internationaler Menschenrechtsorganisationen zu den Gefängnissen.

ZEHN JAHRE HAFT FÜR EINE DEUTSCH-IRANERIN

Das Revolutionsgericht in Teheran hat die 66-jährige Deutsch-Iranerin Nahid Taghawi zu zehn Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt. Laut Rechtsanwalt Mostafa Nili warf

das Gericht Taghawi vor, eine „illegale Gruppe“ geleitet und gegen das System der Islamischen Republik propagiert zu haben.

Ihre Tochter Mariam Claren, die sich seit Monaten um das Schicksal ihrer Mutter kümmert, zeigte sich sehr besorgt. Sie schrieb auf Twitter, ihre Mutter habe kein Verbrechen begangen, „es sei denn, Redefreiheit und geistige Freiheit sind illegal“. Ihren Angaben zufolge hat die Gefängnisleitung nicht gestattet, ihre Mutter, die unter Diabetes leidet, in einem Krankenhaus zu behandeln, obwohl sich ihr Zustand durch eine Corona-Infektion verschlechtert habe.

In einer Stellungnahme bezeichnete das Auswärtige Amt in Berlin das Urteil als nicht nachvollziehbar. Taghawi, die in Deutschland lebt und gelegentlich ihre Heimat Iran besucht, war im vergangenen Jahr festgenommen worden. Maria Adebahr, Sprecherin des Auswärtigen Amtes, erklärte, das Ministerium habe sich für Taghawi eingesetzt und werde dies auch weiterhin tun. Doch da Iran grundsätzlich Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit als iranische Staatsangehörige betrachte, sei es für die deutsche Botschaft in Teheran nicht einfach, zu ihr im Gefängnis Kontakt aufzunehmen und ihr konsularischen Beistand zukommen zu lassen.

So wie Taghawi wurde auch Mehran Raouf, Iraner mit italienischer Staatsbürgerschaft, ebenfalls mit zehn Jahren und acht Monaten Gefängnis bestraft. Der 64-jährige Raouf war im Oktober vergangenen Jahres während eines Besuchs in seinem Heimatland in Teheran festgenommen worden. Den Berichten seiner Angehörigen zufolge befindet auch er sich in einem schlechten gesundheitlichen Zustand. Er hat mehrmals mit Hungerstreik gegen seine Festnahme protestiert. Diese Streiks und die lang andauernden Verhöre, denen er ausgesetzt wurde, sollen ihn physisch stark geschwächt haben.

Menschenrechtsorganisationen haben mehrmals dagegen protestiert, dass sowohl Taghawi als auch Raouf in Einzelhaft gehalten und medizinisch nicht versorgt werden und keinen Kontakt zu ihren Anwälten haben.

In Iran werden immer wieder Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit festgenommen, denen Spionage und Propaganda gegen die Islamische Republik vorgeworfen wird. Sie werden zum Austausch gegen iranische Gefangene im Ausland oder zur Durchsetzung bestimmter Forderungen benutzt.

CORONA-EPIDEMIE WÜTET WEITER

Die Corona-Epidemie wütet in Iran immer weiter. Offiziellen Angaben zufolge stieg am 2. August die Zahl der an einem Tag neu Infizierten auf 37.189 und die der Toten auf 411. Das sind mehr als dreimal so viele wie vor der Delta-Welle. Demnach gab es im Durchschnitt alle vier Minuten einen Toten und alle vier Sekunden einen Infizierten. Die Krankenhäuser waren völlig überlastet und viele davon nicht mehr in der Lage, andere medizinische Dienste zu leisten.

Vizegesundheitsminister Iradsch Harirtschi sagte am 2. August in einem Fernsehinterview, 90 Prozent der Städte befänden sich im roten Bereich. Es sei vor auszusehen, dass die Zahl der Toten demnächst auf 600 pro Tag steigen werde. Gesundheitsminister Said Namaki forderte in einem Schreiben an Revolutionsführer Ali Chamenei, er solle sich einmischen und einen zweiwöchigen Lockdown verordnen. Ferner solle das Militär zur Durchsetzung der Hygienevorschriften eingesetzt werden.

Grund für die schlimme Lage sind die seit langem herrschende Wirtschaftskrise, der Mangel an Impfstoffen und die Missachtung der Vorschriften. Die Rektoren von 45 medizinischen Fakultäten warnten am 4. August in einem offenen Brief, das medizinische Personal in den Krankenhäusern hätte längst seine Kapazitäten überschritten.

Am 8. August gab das Gesundheitsministerium die Gesamtzahl der Toten und Infizierten seit Beginn der Pandemie bekannt. Demnach sind bislang mehr als 94.000 Patienten mit oder an Corona gestorben und mehr als 4 Millionen haben sich mit dem Virus infiziert. Sicher ist, dass die tatsächlichen Zahlen weit höher liegen.

Von Tag zu Tag wurde ein neuer Rekord registriert, während die Impfungen schleppend vorangehen. Nader Tawakoli, Vizevorsitzender des Teheraner Krisenstabs, sagte, in den Krankenhäusern müssten neue Patienten so lange in der Erstaufnahme warten, bis ein Patient stirbt oder entlassen wird und neue Betten frei werden. „Wir wissen nicht, wie lange die fünfte Welle dauern wird.“ Die Bitte des Gesundheitsministers, einen zweiwöchigen Lockdown zu verordnen, wurde abgelehnt.

Impfstoffe werden auf dem Schwarzmarkt für horrenden Summen gehandelt. Bisher sind nicht einmal fünf Prozent der Bevölkerung geimpft. Am 10. August sagte Aliresa Sali, Leiter des Teheraner Krisenstabs, es gebe nur noch Impfstoffe für fünf Tage. Die Impfstoffe, die in Iran verkauft würden, seien fünfmal teurer als eingeführte Impfstoffe. Doch die Einfuhr von Impfstoffen sei verboten worden, mit der Begründung, sie seien zu teuer. Sali kritisierte auch die religiösen Massenversammlungen, die zumeist ohne Masken stattfänden. Auch er plädierte für einen zweiwöchigen Lockdown. „Wir haben keine andere Wahl als einen sofortigen Lockdown, sonst rutscht das Land in ein Fiasko mit noch bitteren Nachrichten über Opferzahlen als bislang“, sagte er.

Die Menschen in Iran sind wütend und machen den Staat für tausende von Toten verantwortlich. Eine Zeitung schrieb: „Die Menschen sind nicht gestorben, sie sind getötet worden.“ In den sozialen Netzwerken werden die Verantwortlichen beschimpft. Manche verlangen die Bestrafung des Gesundheitsministers. Zwei Filmemacher machten Revolutionsführer Chamenei für die Toten verantwortlich. Chamenei hatte den Import von Impfstoffen aus den USA, Großbritannien und Frankreich verboten.

Am 15. August verordnete der Krisenstab schließlich einen sechstägigen Lockdown. Inzwischen war die Zahl der Toten auf 600 und die der Infizierten auf mehr als 37.000 pro Tag angestiegen. Manche bezeichneten den kurzen Lockdown als eine kleine Pause zwischen den Unterrichtsstunden.

Hussein Salamati, Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden, sagte am 17. August: „Wir trauen den Impfstoffen nicht, die von jenen Feinden stammen, die biologische Waffen produzieren. Unter diesen Umständen handeln wir nach dem Grundsatz unserer Unabhängigkeit.“

Indes machte sich in Iran die Befürchtung breit, die Verbreitung der Pandemie könnte durch eine neue Welle von Flüchtlingen aus Afghanistan beschleunigt werden. „Die Unruhen in Afghanistan und die eventuelle Flucht der Afghaninnen und Afghanen nach Iran könnte im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu einer Gefahr werden“, sagte Minister Namaki am 18. August.

Am 19. August stieg laut Gesundheitsministerium die Zahl der Toten auf mehr als 600 und die der Neuinfizierten auf mehr als 50.000 pro Tag. Damit überstieg die Gesamtzahl der Toten die Grenze von 100.000. Die Gesamtzahl der Infizierten lag bei 4,6 Millionen.

Die Unfähigkeit des Regimes, die Seuche unter Kontrolle zu bekommen, lässt die Proteste in der Bevölkerung immer lauter werden. Justizchef Gholamhossein Ejechi erklärte am 23. August: „All jene, die gegen die Gesundheit der Menschen Verrat üben, werden gerichtlich verfolgt. Betrüger, die Impfstoffe horten und sie teuer verkaufen oder selbstgebraute Impfstoffe auf den Markt bringen und damit die unermüdliche Arbeit des medizinischen Personals und der Verantwortlichen zunichte machen, werden hart bestraft.“

Ende August wurden mehr als 700 Tote und mehr als 103.000 Infizierte pro Tag registriert. Jeden Tag erreicht die Epidemie einen neuen Rekord. Präsident Raisi erklärte am 26. August den Kampf gegen die Pandemie zur wichtigsten Aufgabe seiner Regierung.

KULTUR

Künstler/innen kritisieren neuen Kulturminister / Filmemacherin und Künstlerin Taerpur gestorben

KÜNSTLER/INNEN KRITISIEREN NEUEN KULTURMINISTER

Das Programm des neuen Ministers für Kultur und islamische Führung, in dem die iranische Kunst- und Filmszene als „nicht revolutionär, unmoralisch und korrupt“ dargestellt wird, forderte scharfe Kritik seitens der Künstler/innen und Filmemacher/innen heraus. Der 46-jährige neue Minister, Mohammad Mehdi Esmaili, veröffentlichte ein 83-seitiges Programm, in dem er unter anderem seine Sicht der Kunst- und Filmszene darlegt. Er ist promovierter Politologe. Die staatliche Nachrichtenagentur Irna bezeichnet ihn als „herausragende Persönlichkeit im Bereich der Kultur und Wissenschaft im Lager der Revolution“. Er sei ein Aktivist der Kultur, der Medien und der Politik und gehöre zu den „strategischen Wegweisern des staatlichen Fernsehens und Rundfunks“.

Esmailis Darstellung der iranischen Filmszene ist höchst negativ. Das gesamte System sei korrupt, Filme, die produziert werden, seien nicht revolutionär, unmoralisch, hätten keine eindeutige Position gegen politisch Verurteilte, ihre Ausrichtung sei mit den Zielen der Islamischen Republik nicht identisch, schrieb Esmaili und kritisierte, dass die Filme staatlich gefördert werden.

Das „Haus des Kinos“ habe keine Legitimität, heißt es weiter in dem Bericht. Es stehe an der Front der Feinde Irans. Jede Förderung und Unterstützung dieses Hauses sei „illegal“, schreibt der neue Minister. 2018 seien 77 Filme produziert und genehmigt worden. Davon propagierten 59 Filme ein unislamisches und uniranisches Leben. Sie richteten sich gegen die islamische Revolution. 61 Filme stellten „leichtlebige“ Frauen positiv dar, 50 Filme verbreiteten Resignation und Hoffnungslosigkeit, 60 Filme suggerierten den Zuschauern Gleichgültigkeit und Apathie, in 55 Filmen würden die Behörden als unfähig dargestellt und antireligiöse und antinationale Haltungen propagiert.

Den Theatern wirft der neue Minister „Verbreitung von Unmoral und Säkularismus“ und „Leichtlebigkeit“ vor. Die Dialoge seien „obszön“ und voller Dreistigkeiten. 29 von 70 Theaterstücken seien für die Revolution zerstörerisch, 51 suggerierten Resignation und Gleichgültigkeit, 29 propagierten nichtislamisches Leben.

Auch die Musikszene werde von korrupten und verderblichen Produzenten beherrscht, meint der neue Minister. Was sie produzierten sei beschämend unislamisch.

Esmaili kritisiert, dass revolutionäre Künstler in den Gremien und Lehreinrichtungen nicht vertreten seien. Es sei auch nicht zulässig, dass iranische Künstler, die im Ausland lebten, die Erlaubnis zu Aktivitäten im Inland bekämen.

Der bekannte Filmemacher Homajun Asadian schrieb auf Instagram: „Herr Esmaili, ich habe Ihr Programm gelesen. Sie kommen zu spät. Ihre Gleichgesinnten haben uns zu oft zum Lachen gebracht, sodass wir keine Lust mehr haben, über ihre schlechten Witze zu lachen, und auch keine Tränen mehr, um über unsere Lage zu weinen. Übrigens, haben Sie schon gehört, dass Ihre Freunde Kabul erobert haben?“

Der Film- und Theaterregisseur Homajun Ghanisadeh schrieb unter der Überschrift „Woher kommt er?“. „Einen solchen Minister, der der Kulturwelt so weit hinterherhinkt, habe ich noch nie erlebt. Wenn unsere Politiker jetzt anfangen, in dem Chor der Taliban mitzusingen, braucht man sich nicht zu wundern, dass auch im Kulturbereich solche Leute auftauchen.“

Der Verein der Theaterregisseure veröffentlichte eine Erklärung, in der es an den Minister gerichtet heißt: „Wir haben die sichere Information, dass Sie nicht eine einzige Theateraufführung besucht haben. Ihre beleidigenden Unterstellungen passen eher zu den Broschüren, die Sie herausgegeben haben. Die von Ihnen erwähnten Zahlen und Daten sind lächerlich. Merken Sie sich, Sie verwechseln unser Land mit der Sowjetunion unter Stalin. Sie sind nicht in der Lage, die Künstler zu vernichten. Die Theaterkunst Irans blickt auf eine mehrtausendjährige Geschichte, die durch mutige Künstler zustande gekommen ist. Nun wollen Spätkommer wie Sie diese Künstler denunzieren und sie als korrupt, primitiv, schwach und wertlos darstellen.“

Der bekannte Sänger Jaghma Golrubi schrieb auf Instagram: „Alles muss doch zusammenpassen. Habt ihr erwartet, dass Raisi jemanden wie André Malraux zum Kulturminister ernennt?“ Auch unabhängige Journalistinnen und Journalisten äußerten sich zum Programm von Esmaili. Der Journalist Ehsan Badai twitterte zum Beispiel: „Ich habe das Programm des neuen Kulturministers gelesen. Es ist kein Programm. Es ist eine Anklageschrift, in der eine Höchststrafe für Kunst und Kultur gefordert wird.“

In Reaktion auf die Kritik sagte der Abgeordnete Ahmad Hossein Fallahi der staatlichen Nachrichtenagentur Irna: „Der neue Kulturminister ist ein Vordenker in der Kultur, ein Gotteskrieger, der in der Lage ist, die Probleme im Bereich der Kunst und Kultur zu lösen.“

FILMEMACHERIN UND KÜNSTLERIN TAERPUR GESTORBEN

Fereschteh Taerpur, die zu den erfahrensten Filmemacherinnen und Künstlerinnen Irans zählte, schied am 17. August infolge einer Corona-Erkrankung aus dem Leben. Sie war 69 Jahre alt, hatte sich vor einem Monat mit dem Coronavirus infiziert und musste zweimal im Krankenhaus behandelt werden.

Taerpur hatte englische Literatur studiert, danach arbeitete sie beim Kinderprogramm des ersten und zweiten Fernsehkanals und dem Verein für die Förderung von Kindern und Jugendlichen. Zudem produzierte sie einige Filme für Kinder und Jugendliche, darunter „Panal und kleine Hoffnungen“ und „Greisenschule“. Darüber hinaus war sie eine versierte Bühnenbildnerin, Autorin und Übersetzerin.

Taerpur war als erste Filmproduzentin erste Vorsitzende im Vorstand von „Haus des Kinos“, dem größten Berufsverband iranischer Filmemacher und Filmemacherinnen. Zudem war sie in den letzten Jahren Geschäftsführerin des für Kinder und Jugendliche eingerichteten Hauses für Kunst und Literatur. Ihr Tod ist ein großer Verlust für die iranische Kultur.

WIRTSCHAFT

Atomverhandlungen / Iran liefert Treibstoff an Hisbollah

ATOMVERHANDLUNGEN

Ende Juli waren die Atomverhandlungen ins Stocken geraten, soweit, dass Irans Revolutionsführer Ali Chamenei meinte, Verhandlungen mit dem Westen, vor allem mit

den Amerikanern, brächten keine Ergebnisse. „Die Westler helfen uns nicht, sie schlagen zu, wo sie können“, sagte er am 28. Juli im staatlichen Fernsehen. Mit Blick auf die Aktivitäten der scheidenden Regierung von Präsident Rohani sagte er: „In dieser Regierung zeigte sich, dass Vertrauen in den Westen nicht funktioniert.“ Demgegenüber kündigte der neue Präsident Ebrahim Raisi an, die Atomgespräche fortsetzen zu wollen.

Die USA, die indirekt an den Wiener Verhandlungen teilnehmen, zeigten sich ungeduldig. „Wir sind der Diplomatie verpflichtet, aber der Prozess kann nicht endlos weitergehen“, sagte Außenminister Antony Blinken am 29. Juli während eines Besuchs in Kuwait. Washington werde nicht zum Atomabkommen zurückkehren, wenn Iran seine gegenwärtigen Aktivitäten fortsetzen sollte. Die USA hätten ihren guten Willen zur Rückkehr zum Abkommen gezeigt, nun liege der Ball auf iranischer Seite.

Iran hatte nach dem Austritt der USA aus dem Abkommen 2018 schrittweise seine Verpflichtungen ausgesetzt und sein Atomprogramm weiterentwickelt, die Urananreicherung auf 20 Prozent erhöht und modernere Zentrifugen eingesetzt. Zuletzt begann das Land auch, Uranmetall zu produzieren, was den Protest der USA und auch der EU-Mitglieder Deutschland, Frankreich und Großbritannien herausforderte. Ned Price, Sprecher des US-Außenministeriums, sagte, die Produktion von Uranmetall stehe in direktem Zusammenhang mit dem Bau von Atomwaffen. Eine andere Verwendung dafür gebe es in Iran nicht. Er forderte Iran auf, diese Aktivitäten zu unterlassen und zu Verhandlungen zurückzukehren.

Iran behauptete, Uranmetall werde für den Atomforschungsreaktor in Teheran benötigt. Am 5. August hat Washington Raisi wenige Stunden nach seinem Amtsantritt abermals aufgefordert, so rasch wie möglich zum Verhandlungstisch zurückzukehren. „Unsere Botschaft an Präsident Raisi ist die gleiche wie die an seine Vorgänger: Die USA werden die nationalen Sicherheitsinteressen und die unserer Partner verteidigen“, sagte Price. Dies sei für Iran eine Chance, die Konflikte auf diplomatischem Weg zu lösen. Auch der britische Außenminister Dominic Raab sagte, gerichtet an Raisi, die Tür zu Verhandlungen stehe „halb offen“. Aber Iran müsse seine „destabilisierenden Aktivitäten“ in der Region unterlassen.

Raisi hatte bei seiner Vereidigung im Parlament die Aufhebung aller Sanktionen gegen Iran gefordert. Er begrüße diplomatische Verhandlungen, die zu diesem Ziel führen würden. Sein Vorgänger Hassan Rohani hatte zum Schluss seiner Amtszeit erklärt, die Aufhebung der Sanktionen wäre möglich gewesen, doch „sie haben es nicht zugelassen“. Gemeint sind die Ultras, die ihm diesen Erfolg nicht gegönnt hätten. Jetzt sind sie selbst an der Macht. Die Frage ist nun, wie sie bei den Verhandlungen vorgehen und ob sie dabei jene Zugeständnisse machen werden, für die sie die Regierung Rohani kritisiert hatten. Jen Psaki, Sprecherin des Weißen Hauses, sagte: „Aus der Sicht des Präsidenten Joe Biden sind die USA daran interessiert, die diplomatischen Verhandlungen fortzusetzen. Denn trotz der besorgniserregenden Aktivitäten Irans ist es besser, über das iranische Programm Kontrolle zu haben. Aber diese Option kann nicht ewig dauern.“

Am 8. August meldete AFP unter Berufung auf einen hohen Beamten der EU, Iran sei bereit, so rasch wie möglich zum Verhandlungstisch zurückzukehren. Somit könnten die Gespräche in Wien bereits Anfang September wieder aufgenommen werden. Enrique Mora, der bei den Verhandlungen mit Iran die EU vertritt, habe bei seinem Besuch in Teheran mit dem designierten Außenminister Hassan Amir Abdollahian gesprochen und dabei den Eindruck gewonnen, dass Iran nach der Bildung des neuen Kabinetts unter Präsident Raisi zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sei. „Die Iraner haben nicht erwähnt, dass sie ihre Position geändert haben“, zitiert AFP den nicht genannten Beamten. „Ihre Bedenken sind nach wie vor dieselben.“ Doch sie seien an einer Einigung ernsthaft interessiert.

Indes meldete die Agentur Reuters am 17. August, einem Bericht der Internationalen Atomorganisation (IAEA) zufolge habe Iran trotz Protesten sein Atomprogramm weiterentwickelt und Uran auf 20 Prozent angereichert. Das sei der dritte Schritt in einem Vier-Stufen-Plan. Der vierte Schritt wäre die Herstellung einer Reaktorbrennstoffplatte. Am 17. August berichteten IAEA-Inspektoren laut dpa, Iran habe in der Urananreicherungs-Anlage Natans eine zweite Produktionseinheit in Betrieb genommen, um Uran mit einem Reinheitsgrad von 60 Prozent herzustellen. Das ist nicht weit entfernt von einer Anreicherung von 90 Prozent, die für den Bau einer Atombombe nötig wäre. Im Atomabkommen von 2015 liegt die Anreicherungsgrenze bei höchstens 4 Prozent.

Robert Malley, Beauftragter der US-Regierung für Iran, erklärte am 20. August, noch bestehe die Möglichkeit zu einem neuen Abkommen mit Iran. „Aber wir sind auch für andere Optionen vorbereitet.“ Zwar habe sich die Position Irans zum Abkommen von 2015 nicht geändert. „Doch ein großes Fragezeichen belastet die Verhandlungen.“ Die Verhandlungen, die bisher zu keinem Ergebnis geführt hätten, könnten sich in die Länge ziehen. „Sollte Iran sein Atomprogramm weiterentwickeln und weitere provokative Schritte unternehmen, werden wir einen anderen Kurs einschlagen.“ Zu den Optionen sagte er, es bestehe die Möglichkeit, dass Iran und die USA ein neues Abkommen vereinbaren. Eine andere Option wären weitere Strafmaßnahmen gegen Iran, „die wir gemeinsam mit der EU durchführen könnten“, sagte Malley.

Ähnlich äußerte sich Präsident Biden nach einem Treffen mit dem neuen israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett am 27. August in Washington. „Die USA bevorzugen diplomatische Verhandlungen“, sagte Biden, betonte jedoch, „sollten die Verhandlungen scheitern, sind wir für andere Optionen bereit.“

Bennett begrüßte die Äußerung Bidens und sagte: „Gerade jetzt, wo wir hier sitzen, drehen sich in Iran die Zentrifugen. Wir müssen diese zum Stillstand bringen.“ Israel habe eine Strategie gegen die feindlichen Aktivitäten Irans in der Region und gegen die Absicht Irans, Atombomben zu bauen, geplant. Er erwarte nicht, dass die USA für Israel Krieg führen, „aber wir sind für die Unterstützung der USA dankbar“. (siehe Seite 18)

IRAN LIEFERT TREIBSTOFF AN HISBOLLAH

Hassan Nasrallah, Chef der libanesischen Hisbollah, kündigte am 19. August an, angesichts bestehender Treibstoffknappheit werde sich ein iranischer Öltanker „innerhalb weniger Stunden“ auf den Weg machen, um Treibstoff zu liefern. Laut AFP erklärte daraufhin das libanesisches Präsidialamt, die USA hätten zugesichert, dem Land beizustehen. Die US-Botschafterin in Beirut, Dorothy Shea, habe dem Präsidenten die Entscheidung der US-Regierung mitgeteilt, „den Libanon dabei zu unterstützen, Strom aus Jordanien über Syrien zu beziehen“, hieß es. Washington werde sich auch bei der Weltbank dafür einsetzen, die Finanzierung von ägyptischem Gas und dessen Lieferungskosten über Syrien zu übernehmen.

Eigentlich stellt die Treibstofflieferung aus Iran einen Verstoß gegen die amerikanischen Sanktionen dar. Doch Nasrallah warnte, ohne bestimmte Staaten zu nennen, davor, den Tanker anzugreifen. „Das Schiff wird von dem Moment des Aufbruchs in wenigen Stunden bis zu seiner Ankunft (im Mittelmeer) als libanesisches Gebiet betrachtet“, zitierte ihn AFP.

Die erste Fuhre soll Krankenhäusern und Fabriken zur Verfügung gestellt werden, die medizinische Geräte oder Nahrungsmittel produzieren. Es werde aber noch weitere Lieferungen geben.

Saad Hariri, ehemaliger Präsident Libanons, warnte die Hisbollah. Die Lieferung aus Iran könne „zusätzliche Gefahren und Sanktionen für Libanon“ zur Folge haben, sagte er laut AFP.

AUSSENPOLITIK

Iran und der Sieg der Taliban / Israel droht Iran mit Angriff / Iranischer Verbrecher gegen die Menschlichkeit in Schweden vor Gericht / Kein Gefangenenaustausch zwischen Iran und USA / Gespräche mit Saudi-Arabien wegen Regierungswechsel vertagt / Raisis Telefongespräch mit Macron

IRAN UND DER SIEG DER TALIBAN

Teheran zeigte sich nach der Eroberung von Herat über das Schicksal iranischer Diplomaten extrem besorgt. „Wir sind in ständigem Kontakt mit unserem Konsulat in Herat und sind extrem besorgt um Sicherheit und Gesundheit unserer Diplomaten dort“, twitterte einer Meldung der dpa vom 13. August zufolge Außenamtssprecher Said Chatibsadeh. Er appellierte an die Taliban, den internationalen Regelungen gemäß die Sicherheit diplomatischer Vertretungen zu gewährleisten. Die Sorge war in Anbetracht der Erfahrungen aus der Vergangenheit berechtigt. 1998 hatten die Taliban bei der Eroberung von Masar-i Scharif das iranische Konsulat gestürmt und zehn iranische Diplomaten getötet.

Iran hatte die Evakuierung seiner Diplomaten nach Kabul geplant. Doch die Eroberung von Herat erfolgte früher als erwartet. Daher konnten die Diplomaten die Stadt nicht verlassen. Es gehe ihnen bislang gut, sagte der Sprecher. Doch die Folgen der Eroberung seien ungewiss.

Zwischen Teheran und den Taliban gab es in letzter Zeit mehrere Treffen. Gerüchte besagen sogar, dass Iran Waffen und militärische Ausrüstung an die Taliban geliefert habe. Die Ansichten über die Taliban sind in der iranischen Führung nicht einheitlich. Einige meinen, die Taliban hätten sich geändert, andere behaupten das Gegenteil. Der ehemalige Präsident Mahmud Ahmadinedschad warnte mehrmals vor einer Machtübernahme der Taliban im Nachbarland Afghanistan. „Sie stellen eine Gefahr für unser Land und die gesamte Region dar“, sagte er am 14. August. Die Taliban seien „aggressiv und antiislamisch“, „sie wollen mit Gewalt die Herrschaft in Afghanistan übernehmen.“ Wegen dieser Äußerungen sei er „von einer korrupten Bande innerhalb des Systems“ gewarnt worden. Genauere Angaben dazu machte er nicht. „Welche Beziehungen habt ihr zu den Taliban, was stört euch an meinen Äußerungen?“, sagte er.

Irans neuer Präsident Ebrahim Raisi begrüßte die „Niederlage der USA“, ohne die Taliban zu erwähnen. Die neue Lage müsse als eine Chance zur Herstellung der Sicherheit und eines dauerhaften Friedens ergriffen werden, sagte er. „Iran fordert alle Gruppen und Strömungen auf, eine nationale Einheit anzustreben.“ Die Islamische Republik stehe zu den Nachbarschaftsbeziehungen zu Afghanistan. „Als Nachbar und Bruder werden wir Afghanistan auf dem Weg zum Frieden weiterhin unterstützen“, sagte Raisi.

Am 15. August gab das Teheraner Außenministerium bekannt, dass die Zahl iranischer Diplomaten in Kabul reduziert worden sei. Die Konsulate in vier anderen Städten seien geschlossen worden und die Mitarbeiter seien inzwischen in die Heimat zurückgekehrt, sagte Chatibsadeh. Nur die Diplomaten in Herat hielten sich weiterhin dort auf.

Indes wird in Teheran befürchtet, dass eine neue Flüchtlingswelle aus Afghanistan sich in Richtung Iran in Bewegung setzt. Ein Sprecher des Innenministeriums, Hossein Ghassemi, sagte: „Wir haben bereits vor zwei Monaten mit einer neuen Flüchtlingswelle gerechnet und daher schon damals mit der Einrichtung von provisorischen Pufferzonen an den drei Grenzübergängen begonnen.“ Die Pufferzonen sollen den Geflüchteten Sicherheit bieten, aber auch die Gefahr einer weiteren Verbreitung des Coronavirus unterbinden. „Sobald sich die aktuelle Situation wieder entspannt hat, können die Flüchtlinge dann von dort aus

wieder in ihre Heimat zurückkehren“, sagte der Sprecher. Derzeit leben fast drei Millionen afghanische Geflüchtete in Iran.

Viel Kritik, auch aus eigenen Reihen, erzeugten die Äußerungen des sunnitischen Freitagspredigers der Stadt Sahedan, Molawi Abdolhamid, dem einflussreichsten Geistlichen unter den iranischen Sunniten. Er gratulierte den Taliban zu ihrem Sieg. In einer Botschaft, die er am 17. August auf seiner Website veröffentlichte, schrieb er: „Das Emirat Afghanistan, die Geistlichkeit und das tapfere afghanische Volk sind zu beglückwünschen für den großen und ruhmreichen Sieg der Taliban, der durch Krieg für Gott, Märtyrertum und Geduld im Kampf gegen die Besatzer und deren korrupte Handlanger errungen wurde. Ich versichere der ganzen Welt, dass die Taliban von heute nicht mehr die sind, die sie vor zwanzig Jahren waren. Sie haben Erfahrungen gesammelt und ihre Ansichten geändert. Mögliche Fehler können korrigiert werden. Wir kennen die Taliban besser als viele andere, denn wir sind Nachbarn. Daher sind wir der Meinung, dass man ihnen die Chance geben und sich nicht von negativer Propaganda beirren lassen sollte. Auch die Medien sollten neutral urteilen und sich an Tatsachen halten.“

Abdolhamid empfahl den Taliban, auf „List und Tücke der Feinde“ zu achten, „Feinde, die überall im Hinterhalt lauern“. Dem afghanischen Volk gab er den Rat, alle Feindschaften der Vergangenheit zu vergessen, sich zu umarmen und gemeinsam ihr Land aufzubauen. Der Brigadegeneral Mohammad Resa Naghdi, stellvertretender Koordinator der Revolutionsgarden, erklärte am 18. August: „Alle Völker können aus den jüngsten Ereignissen in Afghanistan die Tatsache entnehmen, dass der Widerstand gegen Großmächte zu einer Niederlage der Besatzer führt. Sieg oder Niederlage haben nicht mit Reichtum oder militärischer Ausrüstung zu tun, sondern mit dem eisernen Willen auf dem Schlachtfeld“, sagte der General. Gerichtet an den US-Präsidenten Joe Biden sagte er spöttisch: „Wollten Sie wirklich mit zweitausend Milliarden Dollar Steuergeldern Ihres Volkes und mit dem Töten tausender Frauen, Männer und Kinder Terroristen festnehmen?“ „Jedes Volk, das den Amerikanern Glauben schenkt, wird dasselbe Schicksal erleben wie das afghanische Volk“, resümierte Naghdi.

Das Teheraner Außenministerium sprach in einer offiziellen Stellungnahme von der Niederlage der Vereinigten Staaten und forderte einen Machtwechsel durch einen Rat, bestehend aus hochrangigen Persönlichkeiten. Der Sprecher äußerte die Hoffnung, dass „bei dem raschen Machtwechsel Leben, Eigentum und Würde der Menschen, insbesondere der Zivilbevölkerung, unangetastet bleiben und alle Seiten mit Weitsicht diesem Grundsatz treu bleiben.“

Am 19. August erklärte Präsident Raisi in einem Telefonat mit Chinas Präsident Xi Jinping, Teheran sei bereit, Afghanistan zu unterstützen und sich für die „Entwicklung, den Fortschritt und den Wohlstand“ des Landes einzusetzen. Raisi telefonierte auch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, dem er Kooperation anbot, um „Frieden und Ruhe in Afghanistan“ herzustellen. Iran sei der Ansicht, „dass alle afghanischen Gruppen zusammenarbeiten“ und den Rückzug der US-Truppen in einen „Wendepunkt für dauerhaften Frieden und Stabilität in Afghanistan verwandeln sollten“, zitierte AFP Raisi.

ISRAEL DROHT IRAN MIT ANGRIFF

Israels Verteidigungsminister Benny Gantz drohte Iran am 5. August mit einem militärischen Angriff. Gefragt von einem Journalisten der Website Ynet, ob sein Land zu einem Angriff gegen Iran bereit sei, antwortete der Minister deutlich mit Ja. „Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir militärische Maßnahmen gegen Iran ergreifen müssen“, sagte er. „Die Welt muss jetzt gegen Iran vorgehen.“ Das sagte er, nachdem Israel und die USA Iran für den Angriff auf ein Schiff im Meer von Oman verantwortlich gemacht hatten. Der Öltanker „M/T Mercer Street“ wurde mit Drohnen angegriffen. Dabei

wurden der rumänische Kapitän und ein britisches Besatzungsmitglied getötet. Verwaltet wird das Schiff von der Firma Zodiac, deren Vorsitzender ein Israeli ist.

Auch die Außenminister der G7-Staaten machten bei ihrem Treffen am 7. August Iran für den Angriff verantwortlich. „Alle verfügbaren Beweise“ deuteten darauf hin, dass Iran für den Vorfall verantwortlich sei, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung. Irans Vorgehen in der Region und seine Unterstützung für „Stellvertreterkräfte und nichtstaatliche bewaffnete Akteure“ bedrohten den Frieden und die Sicherheit der gesamten Region. Iran wies die Vorwürfe als „völlig haltlos“ zurück.

Israels Ministerpräsident Naftali Bennett begrüßte die Position der G7-Staaten und forderte ein gemeinsames Vorgehen gegen Iran. Am 11. August erklärte er bei seinem Treffen mit dem Direktor der CIA, William Burns, bei diesem Gespräch sei Iran das Hauptthema gewesen. Es war der erste Besuch von Burns in Israel seit seiner Ernennung zum Chef der CIA.

Laut dem Büro des Ministerpräsidenten sprachen die beiden über die Lage im Nahen Osten, insbesondere über die Rolle Irans und über die Kooperation beider Staaten. Burns traf sich auch mit dem neuen Chef des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad, David Barnea. Während die USA eine Rückkehr zum Atomabkommen mit Iran anstreben, ist Israel schon immer gegen das Abkommen gewesen. Bei dem Treffen mit Burns übergab ihm Barnea eine Geheimakte über den neuen iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi. Darin wird Raisi als „vertrauensunwürdig“ und geistig „labil“ bezeichnet. Laut Kanal 12 des israelischen Fernsehens wird in der Akte behauptet, Raisi werde sich an kein Abkommen halten.

Auch bei dem Besuch Bennetts in Washington und dessen Treffen mit US-Präsident Joe Biden stand Iran im Mittelpunkt der Gespräche. Bennett hatte bereits im Vorfeld seines Besuchs in Richtung Iran gewarnt: „Die Zeiten, in denen Ihr ruhig in Teheran sitzen und die ganze Region in Flammen setzen konntet, sind endgültig vorbei.“ Bennett sagte weiter: „Wir bemühen uns zwar um internationale Unterstützung, um auf den Angriff zu reagieren, aber wir können auch alleine handeln.“

Iran bestritt, an dem Angriff beteiligt gewesen zu sein und warnte seinerseits, Teheran werde auf jedes Abenteuer entschieden reagieren. Der Kommandeur der iranischen Revolutionsgarden, General Hossein Salami, drohte Israel und dem Westen: „Die, die uns drohen, sollten sich über die gefährlichen Konsequenzen ihrer Rhetorik bewusst sein und besser aufpassen, was sie sagen.“ Iran sei „für jedes militärische Szenario“ bereit.

Im Vorfeld seiner Reise nach Washington zum Treffen mit Biden sagte Bennett der New York Times, er werde bei dem Gespräch mit Biden gegen ein neues Abkommen mit Iran plädieren. Israel werde seinen Kampf gegen Iran fortsetzen. Dazu gehörten die Verstärkung der Beziehungen zu den arabischen Staaten, diplomatische und wirtschaftliche Aktivitäten gegen Iran und Fortsetzung der geheimen Aktionen gegen iranische Atomeinrichtungen. Er werde Biden seine Meinung über Iran genau darlegen und versuchen, mit den USA eine gemeinsame Strategie gegen Iran zu entwickeln. Weitere Einzelheiten über die Pläne Israels nannte Bennett nicht.

IRANISCHER VERBRECHER GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT IN SCHWEDEN VOR GERICHT

Zum ersten Mal in der Geschichte steht ein Iraner, dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden, in Schweden vor Gericht. Der 60-jährige Hamid Nuri soll laut Anklageschrift, die am 27. Juli öffentlich bekanntgegeben wurde, als Assistent des stellvertretenden Staatsanwalts im Gefängnis Gohardascht in der Nähe der Hauptstadt Teheran für die Massenhinrichtungen im Jahr 1988 mitverantwortlich gewesen sein.

Damals wurden auf Anordnung des damaligen Revolutionsführers Ayatollah Chomeini mehr als 5000 Gefangene ohne Prozess hingerichtet.

Gemäß internationalem Recht ist es Schweden gestattet, auch einen Ausländer, dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden, vor Gericht zu stellen. Die schwedische Regierung hatte das Verfahren bereits im Dezember genehmigt. Der Prozess, an dem 29 Nebenkläger beteiligt sind, begann am 10. August. Er wird voraussichtlich bis Mitte April nächsten Jahres dauern.

Nuri wurde im November durch Bekannte zu einer Kreuzfahrt nach Schweden gelockt und bei seiner Ankunft in Stockholm festgenommen. Staatsanwältin Kristina Lindhoff Carleson erklärte, Nuri werde vorgeworfen, zwischen dem 30. Juli und dem 16. August 1988 als Assistent des stellvertretenden Staatsanwalts an der „vorsätzlichen Tötung einer großen Zahl von Gefangenen“ beteiligt gewesen zu sein. Darüber hinaus sei er für Folterungen der Gefangenen mitverantwortlich gewesen. „Diese Taten werden in Schweden als Mord eingestuft und entsprechend bestraft“, sagte sie.

Am ersten Prozesstag erschien Nuri begleitet von zwei Anwälten vor Gericht. Er wirkte gelassen und selbstsicher. Sein Anwalt Daniel Marcus wies alle Vorwürfe gegen seinen Mandanten zurück. Draußen hatten sich mehrere hundert Demonstrierende versammelt. Sie forderten, dass auch Irans neu gewählter Präsident Ebrahim Raisi vor Gericht gestellt wird. Raisi gehörte einem vierköpfigen Gremium an, das für die Massenhinrichtungen der 1980er Jahre verantwortlich war.

Die Staatsanwaltschaft stützt sich auf eine mehrere tausend Seiten umfassende Mappe mit Beweisen, die von ehemaligen Gefangenen erstellt wurde. Sie wirft Nuri „vorsätzlichen Mord und eklatanten Verstoß gegen internationales Recht“ vor. Konkret lautete die Anklage: Auswahl von Gefangenen, die dem „Gremium des Todes“ zur Hinrichtung vorgeschlagen wurden, Begründung der Auswahl vor dem Gremium, Aufsicht über Gefangene, deren Hinrichtung vom Gremium beschlossen wurde und deren Begleitung durch den „Flur des Todes“ zum Exekutionsplatz, direkte Teilnahme an Folterung von Gefangenen und deren Hinrichtung. Getötet wurde jeder, der ideologisch und religiös nicht mit den Vorstellungen der herrschenden Theokratie übereinstimmte, sagte die Staatsanwältin.

Nuris Anwalt wies sämtliche Vorwürfe zurück. Auch der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Teheraner Parlament, Hassan Norusi, behauptete: „Uns ist eine Person mit diesem Namen nicht bekannt, der in den achtziger Jahren Assistent des stellvertretenden Staatsanwalts gewesen sein soll.“

Hamid Nuri arbeitete damals, wie aus zahlreichen Dokumenten hervorgeht, unter dem Decknamen Abbasi. Die genaue Zahl der Hingerichteten von 1988 ist nicht bekannt. Menschenrechtsorganisationen sprechen übereinstimmend von mehr als 5000. Die Leichname der Exekutierten wurden den Angehörigen nicht übergeben. Sie wurden in ein Massengrab in der Nähe von Teheran gebracht, das später entdeckt wurde. Seit geraumer Zeit versucht das Regime, die Gräber, die inzwischen von den Angehörigen, vor allem den Müttern der Hingerichteten, regelmäßig besucht werden, zu vernichten.

Raisis Wahl zum Staatspräsidenten hat das ungeheure Verbrechen von 1988 wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Zahlreiche internationale Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, fordern eine Anklage gegen den neugewählten Präsidenten. Es besteht die Hoffnung, dass der Prozess gegen Nuri international die Aufmerksamkeit auf diesen Schandfleck der Geschichte der Islamischen Republik lenkt und damit auch Raisi zur Rechenschaft gezogen wird.

Hamid Masumfar, Irans Botschafter in Schweden, schrieb auf Twitter, ihm sei es erst nach zwanzig Tagen gelungen, Nuri im Gefängnis zu besuchen. Alles deute darauf hin, dass

gegen ihn Gewalt angewendet worden sei. Es seien eindeutig Verstöße gegen internationale Konventionen gegen Folter festzustellen. Nuri sei unmenschlich und brutal behandelt worden, schrieb der Botschafter. Er habe Anwälte beauftragt, gegen den Umgang mit Nuri zu klagen. Zudem habe er in einem Schreiben an das Außen- und Justizministerium eine unabhängige Untersuchung des Falls gefordert. Denn Nuri's Rechte als politischer Häftling seien missachtet worden. „Er wurde wegen seines Glaubens entwürdigend beleidigt und physisch und psychisch gefoltert. Eine medizinische Untersuchung wurde nicht zugelassen.“

KEIN GEFANGENENAUSTAUSCH ZWISCHEN IRAN UND USA

Laut einem Bericht des Nachrichtenportals Nur News hat Teheran die Verhandlungen mit den USA über den Austausch von Gefangenen für beendet erklärt und das Thema zu den Akten gelegt. Im Gespräch stand der Austausch von vier in Iran inhaftierten amerikanischen Staatsbürgern gegen vier Iraner, die sich in amerikanischer Gefangenschaft befinden. Für diesen Austausch sollten sieben Milliarden US-Dollar aus dem eingefrorenen Guthaben Irans in den Vereinigten Staaten freigegeben werden. Doch nach der Amtsübernahme von Präsident Joe Biden in Washington hätten die USA es bevorzugt, zunächst über Menschenrechte zu verhandeln und in diesem Rahmen erneut über einen Gefangenaustausch zu diskutieren.

Iran hatte am 13. Juli bestätigt, dass zwischen Teheran und Washington Verhandlungen über einen Gefangenaustausch geführt würden. „Die Verhandlungen über dieses Thema laufen“, sagte Regierungssprecher Ali Rabii auf einer Pressekonferenz in Teheran. Doch es schien, dass die USA darauf drängten, alle in Iran inhaftierten US-Bürger freizubekommen. Robert Malley, Iran-Beauftragter der US-Regierung, wiederholte am 13. Juli mit Nachdruck diese Forderung. US-Präsident Joe Biden bestehe darauf, dass alle Gefangenen freigelassen werden, sagte er. Daraufhin forderte Teheran ebenfalls die Freilassung aller Iraner, die sich im Ausland im Gefängnis befinden. „Wir sind bereit, alle politischen Gefangenen im Austausch mit allen iranischen Häftlingen in der ganzen Welt zu entlassen“, sagte Rabii. Damit meinte er auch Gefangene in anderen Ländern, die im Zusammenhang mit US-Sanktionen inhaftiert wurden.

Wenige Tage später hieß es aus Teheran, es seien am Rand der Atomverhandlungen in Wien Vereinbarungen über den Austausch von zehn Gefangenen aus den USA und Großbritannien getroffen worden. „Iran ist gleich heute bereit, die Gefangenen freizulassen“, sagte Said Chatibsadeh, Sprecher des Außenministeriums, am 18. Juli. Er sei erstaunt über das Verhalten der Amerikaner.

Auch zwischen Teheran und London soll es nach Auskunft der iranischen Regierung Gespräche über einen Gefangenaustausch gegeben haben. Dabei geht es vor allem um die Freilassung der britisch-iranischen Journalistin Nazanin Zaghari-Ratcliffe, die gegen Rückgabe iranischer Guthaben in Großbritannien ausgetauscht werden soll.

Einen Tag zuvor hatte Ned Price, Sprecher des US-Außenministeriums, erklärt, es gebe keinerlei Vereinbarungen mit Iran bezüglich eines Gefangenaustausches. Der Vorwurf, die USA wollten den Gefangenaustausch mit Atomvereinbarungen verknüpfen, wies er entschieden zurück. Mit diesem Vorwurf wolle Teheran versuchen, die USA für die ins Stocken geratenen Atomverhandlungen verantwortlich zu machen.

Nur News zufolge habe Biden es bereut, Iran die Rückgabe von 7 Milliarden Dollar zugesichert zu haben. Iran sei aus humanitären Gründen bereit gewesen, seine Forderung nach Freilassung aller iranischen Gefangenen, die sich in Haft befinden, aufzugeben und sich mit dem Austausch von einzelnen Gefangenen zu begnügen. Doch nun sehe Teheran nach diesem „Vertrauensbruch“ der Amerikaner und deren „schmutzigem Verhalten“ keinen Anlass mehr, die Verhandlungen über einen Gefangenaustausch fortzusetzen.

GESPRÄCHE MIT SAUDI-ARABIEN WEGEN REGIERUNGSWECHSEL VERTAGT

General Iraj Masjedi, Botschafter Irans im Irak, gab am 12. August bekannt, dass die von der irakischen Regierung initiierten Gespräche zwischen Iran und Saudi-Arabien wegen des Regierungswechsels in Teheran vertagt worden seien. „Nach der Bildung der neuen Regierung wird Präsident Raisi entscheiden, ob und wie die Gespräche fortgesetzt werden“, sagte er in einem Interview mit dem iranischen Sender in arabischer Sprache Al-Alam.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Iran und Saudi-Arabien wurden abgebrochen, nachdem Demonstranten im Januar 2016 aus Protest gegen die Hinrichtung eines schiitischen Geistlichen in Saudi-Arabien die saudische Botschaft in Teheran und das saudische Konsulat in Maschad gestürmt hatten. Seitdem bestehen keinerlei Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Erst vor wenigen Monaten wurden auf Initiative der Regierung in Bagdad Gespräche zwischen Riad und Teheran aufgenommen.

Masjedi betonte, dass Iraks Ministerpräsident Mustafa Al-Kadhimi beim Zustandekommen der Gespräche die Hauptrolle gespielt habe. Zum Inhalt der bisherigen Gespräche sagte er: „Gesprochen wurde sowohl über die Probleme zwischen den beiden Staaten als auch über Themen, die die Region betreffen, wie zum Beispiel über die Lage in Jemen.“ Da die Gespräche jedoch noch nicht abgeschlossen seien und noch kein Ergebnis vorliege, könne er über Details nichts sagen. Er bestätigte, dass die Wiedereröffnung der gegenseitigen Botschaften zur Debatte gestanden habe.

Medien in Iran hatten berichtet, eine Delegation aus Saudi-Arabien werde an der Vereidigung von Präsident Raisi teilnehmen. Doch weder bei der Zeremonie noch danach wurde jemand aus dem Land gesichtet.

Es hat mehrere vergebliche Versuche zur Beilegung des Konflikts zwischen Teheran und Riad gegeben. Selbst Vermittlungsversuche des pakistanischen Ministerpräsidenten oder des chinesischen Staatspräsidenten blieben ohne Erfolg. Die Saudis haben erklärt, solange Iran sein Verhalten in der Region nicht ändere und seine Einmischung in Angelegenheiten der Nachbarstaaten nicht unterlasse, werde es keine Versöhnung geben.

Aktuell bildet das Engagement beider Staaten in Jemen den Hauptkonflikt zwischen Riad und Teheran. Die Saudis führen an der Spitze einer Koalition Krieg gegen die Huthis, die einen Großteil Jemens kontrollieren. Demgegenüber unterstützt Iran die Huthis, die seit geraumer Zeit die Saudis mit Raketen attackieren, die nach saudischer Darstellung aus Iran stammen. Iran bestreitet dies und behauptet, die Huthis nur politisch und humanitär zu unterstützen.

Teheran wirft den Saudis vor, gemeinsam mit Israel die amerikanischen Sanktionen gegen Iran zu unterstützen. Saudi-Arabien ist gegen das Atomabkommen mit Iran, fordert seine Teilnahme an den Verhandlungen mit Iran und verlangt zudem, dass auch über das Raketenprogramm und über die Rolle Irans in der Region verhandelt werden müsse.

RAISIS TELEFONGESPRÄCH MIT MACRON

Emmanuel Macron ist der erste westliche Staatschef, den der neue Präsident Irans, Ebrahim Raisi, kontaktierte. Raisi forderte den französischen Präsidenten auf, dafür zu sorgen, dass sowohl die USA als auch die europäischen Mitglieder ihre im Atomabkommen vereinbarten Verpflichtungen erfüllen. Er übte scharfe Kritik gegen den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, der „illegal“ harte Sanktionen gegen Iran verhängt habe. Bei jeder Verhandlung müssten die nationalen Interessen Irans berücksichtigt werden. Macron erwiderte, Iran müsse sofort die Verstöße gegen das Abkommen beenden.

Frankreich, Deutschland und Großbritannien sind Mitglieder des Atomabkommens von 2015, das 2018 von den Vereinigten Staaten gekündigt wurde. Derzeit sind die Verhandlungen zur Wiederbelebung des Abkommen wegen des Regierungswechsels ausgesetzt. (siehe Seite 14/15)

Macron forderte zudem Iran auf, für die Sicherheit der Schifffahrt im Persischen Golf und im Meer von Oman zu sorgen und an Verhandlungen über die Stabilität und Sicherheit der Region teilzunehmen. Raisi erwiderte, die Islamische Republik werde gegen alle vorgehen, die die Sicherheit der Golfregion gefährden. Laut einer Erklärung des Élysée-Palasts wurde bei dem Telefongespräch, das eine Stunde dauerte, auch über die Lage in Irak und Libanon gesprochen.